

Europa als Inspiration und Herausforderung – Eine Einführung

Jochen Franzke

Die Integration Europas bleibt für die Sozialwissenschaften eine Quelle der Inspiration und Herausforderung. Auch 53 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge ist der Kontinent weiter in Bewegung, geht es um die Vision seiner zukünftigen Gestalt ebenso wie um die Regelung vielfältigster Tagesprobleme. Um zu dieser Debatte einen spezifischen Beitrag zu leisten, fand im Juni 2010 an der Universität Potsdam eine deutsch-polnische Konferenz zum Thema „Europa als Inspiration und Herausforderung aus sozialwissenschaftlicher Sicht“ statt. Dieser Sammelband enthält die überarbeiteten Beiträge dieser Tagung.

Seit den 1990er Jahren entwickeln sich enge Kooperationsbeziehungen in Lehre, Forschung und Publizistik zwischen Kolleginnen und Kollegen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam und Kooperationspartnern in Polen, insbesondere in Poznań. Zu diesem sich erfreulich positiv entwickelnden Netzwerk gehören heute Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Fakultät für Politische Wissenschaften und Journalismus an der Adam Mickiewicz-Universität Poznań, der Hochschule für Humanistische Wissenschaften und Journalismus Poznań, des dortigen Westinstituts sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam. Besonders verdient gemacht haben sich um diese Kooperation Andrzej Sakson, Bogdan Koszel, Raimund Krämer, Jochen Franzke, Heinz Kleger und Pawel Karolewski.

Auf spezifische Weise fördert die deutsch-polnische Zeitschrift für internationale Politik *WeltTrends* diese Zusammenarbeit. Sie hat das Ringen um einen Nachfolgevertrag von Nizza zwischen dem Europäischen Konvent und dem Vertrag von Lisabon intensiv verfolgt (vgl. insbesondere Marchetti/Demesmay

2010; Ersil 2010; Karolewski 2005; Kleger 2005; Schwarz 2005, 2004; Schrader 2004; Sprungk/von Oppeln 2005; Klein/Wesels 2004; Mayer 2004; Jørgensen 2004).

Zu den Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts gehört auch das bislang unvollendete Zusammenwachsen der europäischen Wissenschaftslandschaft. Seit dem Schicksalsjahr 1933 wurden durch die NS-Gewaltherrschaft in Deutschland, den Zweiten Weltkrieg, die folgende Spaltung unseres Kontinents im Kalten Krieg sowie die Abgrenzungspolitik der realsozialistischen Staaten viele traditionelle sozialwissenschaftliche Netzwerke zwischen West und Ost unterbrochen. Die Folgen dieser unnatürlichen Spaltung sind bis heute noch nicht ganz überwunden. Zweifellos ist die Vernetzung der deutschen Sozialwissenschaften mit den Fachkollegen in den USA und dem westlichen, nördlichen und südlichen Europa in den letzten Jahrzehnten deutlich vorangeschritten. Auch in Richtung Osten hat sich seit 1989 zweifellos viel getan. Es bedarf aber weiterhin spezieller Anstrengungen, um die Kooperation mit dem östlichen Europa auf den europäischen Normalzustand auszuweiten. Leider ist die nach 1989 erwachte Neugier vieler Wissenschaftler auf die Entwicklungen im „nahen Osten“ vielfach bald wieder erloschen und hat einem gleichgültigen Desinteresse Platz gemacht. Diesem entgegenzuwirken, ist speziell auch für die Universität Potsdam eine Herausforderung, die nur 110 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt ist.

Die gemeinsame deutsch-polnische Konferenz im Juni 2010 setzte eine Tradition fort, die mit der ersten gemeinsamen Konferenz der genannten Institutionen zum Thema „Transformation in Polen und Ostdeutschland. Eine Zwischenbilanz“ begonnen hatte. Diese fand am 10. und 11. Oktober 2007 in Poznań statt. Deren Ergebnisse und wichtigste Beiträge sind mittlerweile in polnischer Sprache publiziert (Sakson 2009).

Das zeitgemäße Thema „Europa als Inspiration und Herausforderung aus sozialwissenschaftlicher Sicht“ für die Konferenz und den darauf basierenden Sammelband wurde gewählt, weil es die nötige Breite bietet, um unterschiedliche Ansätze der europawissenschaftlichen Forschungen in den beteiligten Einrichtungen

(z. B. aus der Sicht von Politologen, Soziologen, Historikern oder Kulturwissenschaftlern) zu präsentieren. Dieses Thema haben alle beteiligten Institutionen gemeinsam nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages am 1. Dezember 2009 festgelegt (Vertrag von Lissabon 2007). Inzwischen hat es deutlich an Brisanz gewonnen, denn als Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise steht das europäische Projekt aktuell auf dem Prüfstand der Geschichte. Die Stimmung schwankt zwischen Endzeitstimmung und politischem Neubeginn (Franzke 2005, 2007). Unter diesen Umständen sollen in dieser Publikation die vielfältigen Herausforderungen der weiteren europäischen Integration diskutiert werden. Die Konferenz bot zugleich eine gute Gelegenheit, eigene Forschungsergebnisse bzw. -pläne vorzustellen und für künftige gemeinsame Forschungsprojekte zu werben.

Inhaltliche Schwerpunkte

Nun zu den inhaltlichen Schwerpunkten dieser Publikation, die sich mit der Europäischen Union als politischer Akteur, deren aktuellen Entwicklungsproblemen zwischen Vertiefung und Erweiterung sowie der Europäisierung nationalstaatlicher Politik am Beispiel Polens befassen.

Heinz Kleger analysiert in seinem einführenden Beitrag das erfolgreiche Scheitern der europäischen Verfassung. Er wirft einen kritischen Blick auf die Konstitutionalisierungsphase der Europäischen Union (EU) seit der Erklärung von Laeken im Dezember 2001. Dabei fokussiert er sich auf das Ratifizierungsverfahren des Verfassungsvertrages (Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004) und dessen demokratische Legitimation. Nicht das Ergebnis der Konstitutionalisierungsphase, die in Form des Lissabon-Vertrags rechtliche Wirkung entfalten wird, sondern die spezifische Entstehung des Vertrags steht im Vordergrund. Aus dieser prozeduralen Perspektive wendet sich *Kleger* den normativen Anforderungen einer europäischen Konstitutionalisierung und dem eigentlichen Ratifizierungsprozess zu. Die während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 ver-

einbarte Kompromissformel betrachtet er nicht als Ausdruck eines demokratischen Aktes, aber als realpolitischen Erfolg. Der mühsam in neun Jahren erreichte Kompromiss über den EU-Reformvertrag sollte nicht wieder infrage gestellt werden.

Die EU als politischer Akteur

Die folgenden ersten vier Beiträge befassen sich mit der Europäischen Union als politischer Akteur auf den Feldern Identitäts-, Klima-, Sicherheits- und Energiepolitik. *Pawel Karolewski* analysiert in seinem englischsprachigen Beitrag die Herausforderungen an eine externe Identitätspolitik der EU. Diese nutzt sowohl die Instrumente der „Konditionalität“ als auch der „Sozialisierung“, um ihre institutionelle Identität zu transferieren. Deren Anwendung differenziert allerdings zwischen den Beitrittskandidaten (stärkere Konditionalität) und dem „Kreis der Freunde“ (stärkere Sozialisierung und nicht-hierarchische Netzwerke) sowie nach verschiedenen Politikfeldern. Die Frage ist, welche Methode hinsichtlich des Identitätstransfers zuverlässiger und wirkungsvoller ist. *Karolewski* verweist darauf, dass die EU ein externes Identitätsdilemma hat. Diese weigert sich, Nachbarstaaten wie Belarus, der Ukraine und Moldawien eine formale Mitgliedschaftsperspektive einzuräumen. Die praktische EU-Politik gegenüber diesen Ländern entspricht nicht immer ihrem positiven Selbst-Image. Beides unterminiert ihre Glaubwürdigkeit als wohlwollender „Identitäts-Hegemon“. Diese Risse im Image der EU befördern zudem ein instrumentelles Herangehen an die EU durch die betroffenen Staaten.

Thomas Hickmann, Julka Jantz und *Markus Lederer* analysieren die von ihnen postulierte Führungsrolle der EU in der internationalen Klimapolitik. Dabei differenzieren sie zwischen einer unternehmerischen und einer richtungsweisenden Form dieser Führungsrolle. Das Scheitern der Kopenhagener Klimaverhandlungen hat gezeigt, dass sich die unternehmerische Führungsrolle der EU in der internationalen Klimapolitik wegen fundamentaler Machtverschiebungen im internationalen

System vermindert. Daher gewinnt die richtungsweisende Form der Führungsrolle an Relevanz. Wenn es der EU gelingt, vorbildhafte und überzeugende Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zu entwickeln, kann sie die internationale Klimapolitik weiter vorantreiben. Eine solche Politik garantiert zwar nicht, dass andere Staaten ähnliche Klimamaßnahmen einführen. Sie ist jedoch derzeit die einzig erfolversprechende Möglichkeit für die EU, überhaupt eine Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik auszuüben. Allerdings ist es der EU in den klimarelevanten Politikfeldern bislang nur eingeschränkt gelungen, solche richtungsweisenden Maßnahmen zu entwickeln.

Gerry Woop widmet sich den aktuellen Problemen europäischer Sicherheitspolitik. Die NATO scheint sich nach schwierigen Jahren der Sinnsuche wieder zu stabilisieren. Dies zeigt die Debatte um deren geplante neue Strategie. Offen ist allerdings die abschließende Bilanz des Afghanistankrieges. Die meisten EU-Staaten sehen ihre Sicherheit im engeren Sinne weiter vorwiegend durch die NATO gewährleistet. Die EU hingegen ist aktuell in einer schwierigen Lage. Sie muss sich ökonomisch erholen und neu aufstellen. Nach den ernüchternden Erfahrungen der Verfassungsdebatte und der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages ist der sich weiter vertiefende Integrationsprozess auszugestalten. GASP und GSVP bleiben für die vertiefte Integration der EU und für deren Außenwirkung wichtig. Deren Entwicklung unter dem Blickwinkel von internationalem Einfluss, Instrumentenstärkung oder Integrationsvertiefung ist jedoch offen, wobei wenig Anlass zu Optimismus besteht. Woop plädiert für einen europäischen Diskurs, mit welchen Instrumenten und in welchen Institutionen die globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen bearbeitet werden sollen. Im Gegensatz zum klassischen Militärbündnis NATO wäre die inhaltliche breiter aufgestellte GASP dafür besser geeignet.

Marcin Piechocki untersucht schließlich die Probleme der Energiesicherheit der EU. Energiesicherheit hat sich im 21. Jahrhundert zu einem Schlüsselement nationaler Sicherheit entwickelt, wobei nicht alle Faktoren vom Staat abhängig

und in ihrer zeitlichen Perspektive vorhersehbar sind. Für Polen, das bei seiner Energieversorgung weiter auf Kohle setzt, deren Verarbeitung hohe Emissionen verursacht, geht es nicht nur um die Verfügbarkeit von Energie, sondern auch um akzeptable Preise und minimale Umweltbelastung. Um die Kriterien des EU-Energie- und Klimapaketes von 2008 zu erfüllen, sind in Polen riesige Ausgaben erforderlich. Langfristig soll die kohlebaasierte Energieversorgung auf Gas umgestellt werden. Neue Bezugsquellen für Gas müssen gesucht oder eine stärkere Abhängigkeit von den derzeitigen Exporteuren (vor allem Russland) in Kauf genommen werden. *Piechocki* verweist darauf, dass das vom Grundsatz her ökonomische Problem der Energiesicherheit in Polen zu stark politisiert ist. Dieses wird mit Ängsten vor Russland vermischt, während gleichzeitig das Investitionsrisiko, die Rentabilität und die Kosten alternativer Lösungen unterschätzt werden.

Die Europäische Union zwischen Vertiefung und Erweiterung

Im zweiten Schwerpunkt dieses Sammelbandes wird die Entwicklungsdynamik der Europäischen Union zwischen Vertiefung und Erweiterung in den Jahren seit 2001 analysiert. *Bogdan Koszel* analysiert faktenreich und anschaulich die Konfliktfelder der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen während der Debatte um den EU-Verfassungsvertrag und den Vertrag von Lissabon zwischen 2001 und 2007. Um den Jahreswechsel 2002/2003 nahm das gegenseitige Interesse an einem aktiven europapolitischen Dialog deutlich ab. Der Rang Polens in der deutschen Politik begann sich zu verringern. Die Regierungen der *PiS*, *LPR* und *Samoobrona* führten zu einer Lähmung der deutsch-polnischen europapolitischen Zusammenarbeit. Bei vielen Anlässen auf dem Weg zum Vertrag von Lissabon agierten Polen und Deutschland eher gegeneinander statt miteinander. Außerdem unterschied sich die öffentliche Wahrnehmung der europapolitischen Ereignisse in beiden Ländern diametral. *Koszel* nennt hier als Beispiel die Ergebnisse des Brüsseler Gipfels

im Juni 2007, der ein neues Verhandlungsmandat für die Regierungskonferenz beschloss, um statt einer Verfassung einen „Reformvertrag“ auf den Weg zu bringen. Die Mehrheit der deutschen Medien sah den Gipfel als diplomatischen Erfolg der Kanzlerin Merkel und der deutschen Präsidentschaft an. In der polnischen regierungsnahen Presse wurde der Gipfel hingegen als Sieg von Präsident Kaczyński gefeiert. Erst mit der Regierung Tusk Ende 2007 begann sich das europapolitische Gegeneinander beider Länder wieder schrittweise abzubauen.

Die Theorie-Debatte um die EU-Osterweiterung ist Gegenstand des Beitrages von *Thomas Mehlhausen*. Er verknüpft diesen Prozess mit den Konsequenzen der deutschen Wiedervereinigung. Die neueste Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen steht im Zeichen der europäischen Integration. Deutschland zählte nicht nur zu den größten Befürwortern einer EU-Osterweiterung, sondern insbesondere eines Beitritts Polens. Paradoxerweise war es allerdings gerade die Wiedervereinigung Deutschlands, die zur anfänglichen Zögerlichkeit in der EU-Erweiterungspolitik führte. Solange die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags nicht als sicher galt, konnten die Erweiterungsgegner innerhalb der EG diese für sie kostspielige Entscheidung mit dem Hinweis aufschieben, dass zunächst das ‚deutsche Problem‘ institutionell bewältigt werden müsse. Immerhin bedeutete die Wiedervereinigung für Deutschland erheblichen Machtzuwachs, der sich durch eine Osterweiterung zusätzlich erhöht hätte, da Deutschland als ihr größter Profiteur galt. Erst nachdem den erweiterungs skeptischen Mitgliedstaaten infolge der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags in Dänemark und Großbritannien kein legitimes Gegenargument mehr zur Verfügung stand, gelang es den Erweiterungsbefürwortern, sich durchzusetzen. Zur Vertiefung dieses Arguments analysiert *Mehlhausen* ein handlungstheoretisches Analyseinstrumentarium, das die Theorie des rhetorischen Handelns (Frank Schimelfennig) durch eine Integration des soziologischen Konzepts der Anomie weiterentwickelt. Dadurch wird ein Anschluss an die theoretische IB-Debatte zwischen Rationalismus und Konstruktivismus ermöglicht.

Andrzej Sakson untersucht Probleme der Arbeitsmigration in Europa nach der Öffnung des Arbeitsmarktes durch die EU-Osterweiterung, die zu einer deutlichen Steigerung des Zustroms von Migranten in die Länder des „alten Europas“ führte. Die dabei auftretenden Probleme spielten neben dem Schutz der EU-Außengrenzen vor dem Zustrom von Flüchtlingen eine besondere Rolle in der Politik der beteiligten EU-Mitgliedstaaten. Dabei sind zwei Daten von besonderer Bedeutung: Im Dezember 2007 wurden die 2004 beigetretenen Staaten in das sog. Schengensystem einbezogen, im Mai 2011 wird den Bürgern dieser Länder der vollständige Zugang zum Arbeitsmarkt der „alten“ EU-Staaten gewährt. *Sakson* arbeitet heraus, dass der Anteil der Erwerbsmigration aus den neuen Mitgliedstaaten entgegen apokalyptischen Vorhersagen äußerst gering ist; er liegt bei weniger als ein Prozent aller Arbeitskräfte in der EU. Der typische Erwerbssimmigrant ist jung, gut ausgebildet, reist ohne Familie, ist meist unverheiratet, lebt nur für begrenzte Zeit im Ausland, spart das verdiente Geld und führt es nach Hause aus. Die Mobilität von Arbeitskräften ist unter diesen Umständen ein Faktor, der das Wirtschaftswachstum begünstigt, wobei sich Kosten und Nutzen für die Herkunfts- und Aufnahmeländer ungleichmäßig verteilen. Für Länder mit Netto-Ausreise sind Folgen der Einkommensmigration positiv, allerdings nur langfristig und unter der Bedingung, dass die meisten Einwanderer nach gewisser Zeit in ihr Heimatland zurückkehren. Diese bringen dann neue Qualifikationen, Kenntnisse, Erfahrungen, Fertigkeiten sowie Kapital in ihr Heimatland zurück.

Eine vergleichende Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 und 2009 in Polen und Deutschland ist Gegenstand des Beitrages von *Adam Barabasz*. Das Interesse der Polen an diesen Wahlen war äußerst gering. Die Wahlbeteiligung betrug nur 20,8 % (2004) bzw. 24,5 % (2009) im Gegensatz zu den fast 60 % beim EU-Beitrittsreferendum 2003. Um die Gründe dafür herauszufinden, analysiert *Barabasz* den Stil der Wahlkampagnen, das professionelle Niveau der Kandidaten und die Art ihrer Präsentation sowie den Grad der gesellschaftlichen Zustimmung zur Institution der Wahlen. Es zeigt sich, dass die Europawahlen

mehr ein *Warm-Up* für die Parlaments- und Kommunalwahlen in Polen darstellten, nicht aber ein Ereignis „an sich“. Die Stäbe der großen Parteien engagierten sich kaum in diesen Wahlkämpfen. Es fehlte auch an wirksamen Slogans, die die Wähler von der Teilnahme an den Wahlen überzeugen konnten. Daher waren beide Wahlkämpfe von einer geringen Effektivität gekennzeichnet.

Europäisierung nationalstaatlicher Politik am Beispiel Polens

Die vier abschließenden Beiträge befassen sich mit der Europäisierung nationalstaatlicher Politik am naheliegenden Beispiel Polens. *Karolina Churska-Nowak* und *Lukasz Fojutowski* befassen sich mit dem System der Parteienfinanzierung in Polen und den entsprechenden europäischen Erfahrungen. Jedes demokratische System strebt nach der Entwicklung eines möglichst optimalen Modells der Parteienfinanzierung. Immer wieder wird nach Regelungen gesucht, um Missstände bei der Beschaffung und Verausgabung „politischer Gelder“ zu beseitigen. Dabei besteht im Grundsatz die Wahl zwischen einer vorrangigen Finanzierung der Parteien aus dem Staatshaushalt oder aus anderen Quellen. Dies ist jenes Dilemma, vor welchem die Entscheider in den meisten demokratischen Staaten stehen. Viele westliche Demokratien setzen mittlerweile auf die Finanzierung von Parteien aus öffentlichen Mitteln, obwohl dies weiter umstritten ist. Auch in Polen hat sich nach 1989 in der Tendenz ein haushaltsfinanziertes System der Parteienfinanzierung entwickelt. Die Erfahrungen sowohl der jungen Demokratien in den Transformationsstaaten als auch der gereiften westlichen Demokratien – so *Karolina Churska-Nowak* und *Lukasz Fojutowski* – zeigen allerdings, dass die Finanzierung aus dem Staatshaushalt eine notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung für den Kampf gegen die Korruption ist.

Aurica Bloom analysiert die Fragen der Europäisierung nationalstaatlicher Politik am Beispiel der Entwicklung der polnischen Zivilgesellschaft. Polen gehört zu den EU-Ländern mit der geringsten zivilgesellschaftlichen Beteiligung: nur 20 %

der Polen beteiligen sich aktiv am zivilgesellschaftlichen Leben. Durch den EU-Betritt Polens wurde die Zivilgesellschaft aber gestärkt, da sie nunmehr Zugang zu europaweiten NGO-Netzwerken hat, finanzielle Unterstützung von der EU erhalten kann und entsprechend EU-Recht Zivilverfahren anstrengen kann, um die Diskriminierung in verschiedenen Bereichen zu bekämpfen. Durch die Implementierung neuer EU-induzierter Kooperationsmodelle, wie den *new modes of governance*, wird sie verstärkt als Partner wahrgenommen und kann Einfluss auf die staatliche Politik ausüben. *Aurica Bloom* zeigt an verschiedenen Beispielen, dass europäische Institutionen für Polen besonders dann wichtig wurden, wenn sich der polnische Staat selbst nicht an die Einhaltung demokratischer Rechte und Werte hielt. Besonders die Klageerhebungen sind ein gutes Beispiel für das *empowerment* der polnischen NGOs.

Die mentale Dimension der Modernisierung der polnischen Bevölkerung ist Gegenstand der Analyse von *Jerzy Leszkowicz-Baczyński*. Er spricht von einer „oberflächlichen Modernisierung“. Allerdings sei eine eindeutige Bewertung des mentalen Wandels der polnischen Gesellschaft in der Transformation nicht möglich, da sich die Veränderungen in verschiedenen sozialen Milieus unterschiedlich schnell vollzogen. Der für die ersten Jahre der Transformation typische Optimismus, verbunden mit der Hoffnung auf schnellen materiellen und zivilisatorischen Aufstieg der Polen, ist Frustration und einer „Abkühlung“ der Erwartungen auf eine schnelle Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Marktposition gewichen. Die trennenden Achsen polnischer Politik kreisen hingegen weiter – so *Leszkowicz-Baczyński* – um die Fragen der Politik (z. B. die Rolle Polens im sich integrierenden Europa), der Weltanschauung (z. B. der permanente Streit um die *In vitro*-Fertilisation oder die Zustimmung zur Abtreibung), der Muster des Familienlebens (z. B. die Akzeptanz homosexueller Ehen) sowie um soziale Fragen (z. B. das richtige Modell staatlicher Sozialpolitik gegenüber sozial benachteiligten Milieus).

Uta Volkmann befasst sich abschließend mit der politischen Debatte über die europäische Verfassung in Polen. Im Prozess der Erarbeitung einer EU-Verfassung nahm Polen eine Schlüs-

selbstein. Polen drohte mehrmals, diese mit seinem Veto zum Scheitern zu bringen. Die EU-Verfassungsdebatte im polnischen Parlament entsprach ebenfalls nicht dem Ideal einer Verfassungsgebung und besaß auch im europäischen Verfassungsprozess keinen Vorbildcharakter. Zwar erachteten die polnischen Parteien institutionelle Reformen der EU und eine Neugestaltung der EU-Verträge als notwendig, standen aber einer europäischen Verfassung distanziert bis skeptisch gegenüber. Daher konnten sie bei den Bürgern nicht glaubwürdig für den Verfassungsvertrag werben. In der polnischen Debatte über die Inhalte der europäischen Verfassung dominierten Themen der institutionellen Ausgestaltung der EU; die symbolischen Funktionen und die Bedeutung der Verfassung für die EU-Bürger spielten hingegen eine geringe Rolle. Die europäische Verfassung hätte in Polen kaum einen Beitrag zur Stiftung einer europäischen Identität leisten können. Zu beachten ist allerdings – so *Volgmann* –, dass Polen während der Ausarbeitung der Verfassung in den Jahren 2002/2003 mit dem Vorbereiten des EU-Beitritts beschäftigt war und daher dem Verfassungskonvent nicht die nötige Aufmerksamkeit schenkte. Des Weiteren stellt sich für ein EU-Mitgliedsland das politische Gemeinwesen der EU sicher anders dar als für ein Beitrittsland.

Danksagung

Abschließend gilt mein ausdrücklicher Dank der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam und dem Ostpartnerschaftsprogramm des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Durchführung der Konferenz erst ermöglicht haben. Schirmherr der Veranstaltung war der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg Ralf Christoffers.

Die inhaltliche Verantwortung für die Beiträge liegt bei den Autoren. Redaktionsschluss der Publikation war der 31. August 2010. Die Übersetzung der polnischen Beiträge besorgte Ines Friedrich.

Literatur

- Ersil, W. (2010): Quo vadis Europa? Über heutige Krisen und künftige Chancen der EU, in: WeltTrends 73/Sommer 2010, S. 5-8.
- Franzke, J. (Hrsg.) (2005): Europa in der Denkpause. Wege aus der Verfassungskrise. Potsdam.
- Franzke, J. (2007): Regionalisierung Europas – Europäisierung seiner Regionen (Literaturbericht); in: WeltTrends 54/Frühjahr 2007, S. 137-145.
- Jørgensen, K. E. (2004): Three Doctrines on European Foreign Policy in: WeltTrends, 42/ Frühjahr 2004, S. 27-36.
- Karolewski, I. P. (2005): Zwischen Machtstreben und Toleranz – Verfassungsdiskurs in Polen, in: WeltTrends 48/Herbst 2005, S. 115-120.
- Kleger, H. (2005): Zum Plebiszit in Frankreich – wie weiter mit der Verfassung? in: WeltTrends 48/Herbst 2005, S. 93-108.
- Klein, N./Wessels, W. (2004): Eine Stimme, zwei Hüte – viele Pioniere? Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach dem EU-Konvent, in: WeltTrends, 42/Frühjahr 2004, S. 11-26.
- Marchetti, A./Demesmay, C. (2010): Europapolitik en français. Frankreich zwischen Nation und Europa, in: WeltTrends 75/Winter 2010, S. 5-10.
- Mayer, S. (2004): Die EU als weltpolitischer Akteur, in: WeltTrends 42/Frühjahr 2004, S. 65-78.
- Sakson, A. (ed.) (2009): Transformacja w Polsce i w Niemczech Wschodnich, Poznan.
- Schrader, L. (2004): Europas Antwort auf Bushs Grand Strategy in: WeltTrends 42/Frühjahr 2004, S. 37-50.
- Schwarz, S. (2005): Der französische Eigenwille in der europäischen Politik, in: WeltTrends 48/Herbst 2005, S. 109-114.
- Schwarz, S. (2004): Zur Geschichte einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik in: WeltTrends 42/Frühjahr 2004, S. 51-64.
- Sprungk, C./von Oppeln, S. (2005): Bevölkerungsmeinung und Elitendiskurs. Die deutsche und französische Debatte, in: WeltTrends 48/Herbst 2005, S. 121-132.
- Vertrag über eine Verfassung für Europa (2004): Amtsblatt der Europäischen Union 2004/C 310/01 vom 16. Dezember 2004. <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ%3AC%3A2004%3A310%3ASOM%3ADE%3AHTML>.
- Vertrag von Lissabon (2007): Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007. Amtsblatt der Europäischen Union, 2007/C 306/01 von 17. Dezember 2007. <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2007:306:SOM:DE:HTML>.